

Bezugspreise für das
ehemalige Österreich-Ung.
ganzjährig K 10.—
halbjährig K 5.—

für Amerika:
ganzjährig D. 2.50

für das übrige Ausland
ganzjährig K 12.—

Gottscheer Zeitung

Anzeigen (Inserate)
werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Erscheint am 1., 10. und 20. eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung der Gottscheer Zeitung in Gottschie Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung der Gottscheer Zeitung in Gottschie.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 4.

Gottschie, am 1. September 1919.

Jahrgang I.

Unsere Mundart in Ehren!

Die Mundart, das ist die Art zu reden, wie der Mund ungezwungen spricht, wie einem der Schnabel gewachsen ist, wie man's von Vater und Mutter gelernt, von den Altvordern ererbt hat, also kein Schriftdeutsch, kein Schuldeutsch, sondern Hausdeutsch, Familiendeutsch. Das Hochdeutsche ist das vornehme sprachliche Kleid, das wir im Verkehr mit der Außenwelt tragen, der Dialekt hingegen ist gewissermaßen der gemütliche, vertraute Hausrock, den wir im Familienverkehr anziehen. Und wenn wir so recht vom Herzen sprechen, dann sprudelt es aus uns, sozusagen ohne daß wir es eigentlich wissen und wollen, echt heimisch gottschieerisch heraus.

Die Mundart ist nicht etwa, wie manche irrtümlich meinen, ein „verdorbene“ Schrift- oder Hochdeutsch, die Mundarten sind vielmehr das Ursprüngliche, aus ihnen heraus ist erst die Schriftsprache gewissermaßen als Kunstsprache hervorgegangen. Aus dieser Feststellung soll und darf aber nicht etwa eine Mißachtung oder Geringschätzung der deutschen Schriftsprache herausgelesen werden. Wissen wir ja nur zu gut, daß es ohne diese nicht einmal eine einheitliche Nation gäbe, sondern nur ein loses Bündel verschiedener Stämme. Die dankbare Hochachtung, die wir unserer Schriftsprache zollen, schließt aber andererseits auch wiederum durchaus nicht eine Herabsetzung und Wertverleugnung unserer lebensvollen und lebenskräftigen, die Schriftsprache noch immer speisenden und ergänzenden Mundarten in sich. Im Gegenteil, wo die Mundart am Platze ist, dort soll sie gebraucht, geschätzt und in Ehren gehalten werden, also im trauten Familienkreise, im Verkehr mit unseren engeren Heimats- und Landesgenossen.

Die Mundart Gottschees hat etwas ganz Besonderes, Eigenartiges an sich, sie steht einzig da in ihrer Art. Fremden klingt sie anfangs ganz unverständlich, hat man ja doch da und dort unsere Landsleute, die miteinander in der Fremde in ihrer Mundart redeten, sogar schon für Engländer gehalten. Wie ist nun wohl diese unsere eigenwüchsige Mundart entstanden? Die Beantwortung dieser Frage hängt mit den ursprünglichen Bestedlungsverhältnissen unseres Gebietes zusammen. Zuerst waren es ja wohl Kärntner und Osttiroler, die in den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts, wahrscheinlich in familienweisen Einzelüberstiedlungen oder in kleineren Trupps, vom Grafen Otto von Ortenburg, der in Reifnitz residierte, nach dem heutigen Gottschie verpflanzt wurden. Sie kamen wahrscheinlich aus der „Noch“gegend, weshalb sie auch die Berggipfel bei der Stadt Gottschie „Noche“ nannten. Dann kam auch ein Fähnlein biederer Schwaben aus der Gegend von Memmingen, woher z. B. die Familien Zink (jetzt Tschinkel) stammen. Auch Alemannen fanden sich weiter ein, wie manche Familiennamen und dialektische Einschläge bekunden. Einen gewissen Abschluß in der allmählich fortschreitenden Bestiedlung Gottschees bildeten sodann jene 300 Familien aus Franken und Thüringen, von denen Balvasor

erzählt. Karl IV. scheint übrigens dem Grafen von Ortenburg nicht nur fränkisch-thüringische, sondern auch deutschböhmische Familien geschenkt zu haben, was der Familienname Petschauer (Petschau im böhmischen Tepler Gebiet) beweist.

So waren also in Gottschie anfangs etwa vier Mundarten vertreten, wenn nicht noch mehr — ein förmliches Mosaik von deutschen Dialekten. Man kann sich vorstellen, was für ein gegenseitiges Hänfeln und Stacheln es in den ersten Zeiten der Bestiedlung zwischen den einzelnen Stammesgruppen und dialektisch verschiedenen Nachbarn gegeben haben mag. Allmählich erfolgte sodann der sprachliche Ausgleich, es bildete sich zuletzt eine im großen und ganzen ziemlich gleichartige, einheitliche Mundart heraus, die in den einzelnen Landstrichen allerdings auch heute noch gewisse Unterschiede aufweist. Sowie sich verschiedene Flüssigkeiten, wenn sie ineinander gegossen werden, zu einem einheitlichen Ganzen vermischen, so war dies auch bei der Mundart von Gottschie der Fall.

Der Schriftsprache ihr volles Recht, aber auch der Mundart ihr warmes Plätzchen! In der Kirche, in der Schule, in der Öffentlichkeit sprechen wir hochdeutsch, da wäre der Dialekt nicht mehr am Platze, jetzt wenigstens nicht mehr. Früher war's allerdings sogar in der Kirche noch anders. Wurde ja doch vor etwa fünf bis sechs Jahrzehnten bei uns da und dort auf dem Lande noch gottschieerisch gepredigt.

Die Mundart ist das Zähfeste, das Dauerndste, was wir besitzen. Die heimische Volkstracht ist schon längst abgekommen, auch unsere alten Volkslieder sind zumeist schon bloßes Vergangeneitgut geworden, die Mundart lebt fort und wird noch fortleben durch Jahrhunderte. Allerdings gibt es in der Stadt schon, glücklicherweise nur vereinzelt Kreise, die sich ihrer Mundart schämen und sie geflissentlich nie gebrauchen. Das ist bedauerlich; man streicht damit gewissermaßen ein Stück Heimat aus seinem Leben.

Halten wir also unsere Mundart in Ehren; mit ihr und durch sie schützen wir die Erhaltung unseres Volkstums, unserer Art und Sitte.

Aus Stadt und Land.

Gottschie. (Überstiedlungen.) Am 29. August haben die Herren Gymnasialprofessoren Ernst Berner und Johann Siegel und Fachschulprofessor Wilhelm Heine samt Familien Gottschie mit dem letzten Staffeldzuge verlassen, um nach Deutschösterreich zu überstiedeln. Herr Prof. Berner war durch 11 Jahre am hiesigen Gymnasium bedienstet gewesen und war als tüchtiger Philologe allgemein geschätzt. Auch die Jugendspiele unserer Gymnasialschüler leitete er mit Geschick und Hingebung. Ferner interessierte er sich auch theoretisch und praktisch für Fragen der Volkswirtschaft, gehörte zu den Gründern des hiesigen Einkaufs-(Konsum-)Vereines und war durch mehrere Jahre Vorstandsmitglied dieses Vereines. Herr Prof. Siegel war während des Krieges im Jahre 1916 von Triest (Staats-

realschule) dem hiesigen Gymnasium zur Dienstleistung zugewiesen worden und erfreute sich hier wegen seiner humanen Behandlung der Schüler — bei einem Mathematikprofessor eine besonders schätzenswerte Eigenschaft — der Sympathien von Schülern und Eltern. Herr Prof. Heine gehörte durch acht Jahre dem Lehrkörper unserer bestandenen Fachschule als geschätztes Mitglied und tüchtige Lehrkraft an, unterrichtete auch im Handelskurse und war Ortsschulinspektor. Auch um die Hebung des Gesanges machte er sich als früherer Obmann unseres Gesangvereines bestens verdient. Indem wir den von uns geschiedenen Herren ein herzliches Lebwohl zurufen, wünschen wir ihnen und ihren Familien Glück und Wohlergehen im neuen Aufenthaltsorte.

— (Die Firmenschilder) in Gottschee sind nunmehr zweisprachig geworden. Einsprachige Geschäftsschilder (bloß deutsch oder bloß slowenisch) gehören zu den Ausnahmen.

— (Wetterumschwung.) Nach ungefähr zweiwöchiger Hitze und Dürre trat kühles Regenwetter ein, das jedoch nicht lange dauerte.

— (Verkauf von Werkholz.) An der bestandenen Fachschule fand vor wenigen Tagen von Amtswegen der Verkauf von Werkholz statt, der einen Erlös von 8900 Kronen einbrachte.

— (Zur Statistik der Rinder und Schweine im politischen Bezirke Gottschee.) Stand der Rinder und Schweine vor, während und nach dem Kriege im Bereiche der Bezirkshauptmannschaft Gottschee: Stand der Rinder: 1910 20.076, 1918 17.733, 1919 18.787. Stand der Schweine: 1910 12.265, 1918 6976, 1919 8543. Der Stand der Rinder hat sich also während des Krieges nicht so stark vermindert, als der der Schweine, der im Jahre 1918 fast auf die Hälfte des Friedensstandes herabsank. Der Grund des starken Rückganges bei den Schweinen liegt hauptsächlich in dem großen Futtermangel während des Krieges. Die Vermehrung der Schweine vom Tiefstand des Jahres 1918 (6976) auf 8543 im heurigen Jahre beweist, daß wir in wenigen Jahren wieder den normalen Stand erreichen werden. — Im ganzen Lande Krain belief sich der Stand der Rinder im Jahre 1910 auf 190.235, fiel 1918 auf 166.522 und stieg im Jahre 1919 auf 179.161; Stand der Schweine 1910 152.096, 1918 94.261, 1919 97.894.

— (Sparen!) Das Geld wird jetzt meist nicht richtig gewertet. Man wirft mit den Fünzigern und Hundertern nur so herum wie früher mit den Hellern. Eine Verschwendung ist ins Land gekommen, klagt N. B. in der „Marburger Zeitung“, die keinen Vergleich aushält mit der früheren Zeit. Und diese Verschwendung herrscht ebenso in der Stadt wie auf dem Lande. „Wie die Dinge auch sein mögen, Geld ist sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande vorhanden und es wird mit diesem gewirtschaftet, als wenn es ewig dauern sollte. Tanzunterhaltungen wechseln mit Festen ab und die Gasthäuser machen die besten Geschäfte. Wohin soll der Wahnsinn führen? Der Bauer muß vor allem bedenken, daß die Preise für seine Artikel sich nicht immer auf dieser Höhe erhalten werden, deshalb soll er mit dem Gelde sparsam umgehen. Er hat Vorsorge zu treffen für etwaige später eintretende Krisen. Nach Regelung der Verhältnisse wird die amerikanische und russische Konkurrenz ihr Haupt erheben und wehe dem Bauer, der dann nicht gerüstet ist, um Schritt halten zu können. Daher muß er beizeiten an die Modernisierung seines Betriebes denken und sich die fehlenden landwirtschaftlichen Maschinen anschaffen. Diese werden ihm reichlich Zinsen tragen und er kann sodann getrost in die Zukunft blicken. Dasselbe gilt auch von den Kaufleuten und den Gewerbetreibenden in Stadt und Land. Auch sie müssen sparsam umgehen mit dem, was sie durch außerordentliche Umstände eingeheimst haben.“

— (Kein Bahnbau Gottschee-Brod-Moravice?) Wie man hört, sollen gegenwärtig wenig Aussichten dafür bestehen, daß eine Bahn von Gottschee aus zur Triumaner Bahn gebaut wird. Dem Vernehmen nach soll der Anschluß der Unterkrainer Bahn an die Triumaner Strecke von Tschernembl aus geplant sein.

— (Zur Beachtung.) Von zuständiger Seite erhalten wir die Mitteilung, daß ab 23. August l. J. die Gebühr für die Er-

teilung des deutschösterreichischen Sichtvermerkes auf Pässen der Serben, Kroaten und Slowenen zur Einreise nach und durch Deutschösterreich einheitlich 7 K 50 h beträgt. Schriftlichen Ansuchen um Erteilung des Visums ist stets der Paß, die Gebühr und ein frankiertes Retourkuvert, bei Reisen nach Steiermark und Kärnten die Einreisebewilligung der betreffenden Landesregierung bzw. der Polizeidirektion Graz beizuschließen. Vor erlangter Einreisebewilligung ist der Paß nicht einzusenden.

— (Das Bekenntnis zum Staate.) In einem Leitartikel (23. August) schreibt die „Gillier Zeitung“: „Die Demokraten (jetzige Regierungspartei A. d. Christl.) sind leidenschaftliche Befürworter des zentralistischen Staates und sie schöpfen aus ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl Kraft und Vertrauen, sie werden also nicht so leicht Gespenster sehen und gegen Windmühlen reiten. Das heißt also, daß wir Kleinlichkeit, Engherzigkeit und damit Neid und Haß von dort nicht erwarten müssen, wenn wir uns zum Staate bekennen. Und das wollen wir und werden wir tun! Nicht aus Liebedienerei oder Angst, sondern aus natürlicher Vernunft werden wir dem Staate, in den unsere engere Heimat gefallen ist, bewußt und mit Willen geben, was des Staates ist.“

— (Staatsanleihe.) Da die Originalschemine der 4%igen Staatsanleihe eingelangt sind, werden die Zeichner der ersten Staatsanleihe aufgefordert, unverzüglich die in ihren Händen befindlichen Interimschemine jener Stelle zum Umtausch gegen den Originalschein vorzulegen, bei welcher die Zeichnung der Staatsanleihe erfolgte.

— (Schwurgericht.) Am 15. September beginnen in Rudolfswert die Hauptverhandlungen der dritten Schwurgerichtsperiode.

— (Heeresverfassungsgesetz.) Nach Beendigung der Vorarbeiten wird das Heeresverfassungsgesetz auf den ganzen Bereich des SHS-Staates ausgedehnt werden.

— (Zur Valutafrage.) Nach einer Mitteilung des Preßbüros des Auswärtigen wird zur Regelung der Valutafrage so bald als möglich eine besondere Enquete einberufen und es werden alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Einschleppung von Kronen aus dem Auslande hintanzuhalten.

— (Erhöhung der Telegrammgebühren.) Mit 15. August wurden die Telegrammgebühren im Verkehr zwischen unserem Staat und einigen europäischen Staaten um drei Paras, bzw. neun Heller für das Wort erhöht, ausgenommen den Verkehr mit Großbritannien, Deutschösterreich, der Tschechoslowakei, Rumänien und Griechenland. Im außereuropäischen Verkehr wurde die bisherige Telegrammgebühr um 5 Paras oder 15 Heller für das Wort erhöht.

— (Anmeldung der Forderungen feindlicher Ausländer.) Forderungen der Angehörigen feindlicher Staaten von seiten Privatpersonen oder Unternehmungen (heimischer, fremder sowie gemischter) dürfen nicht bezahlt werden, sondern es sind solche Forderungen der Fondsverwaltung auszuhändigen. Alle Personen (physische, Unternehmungen, seien diese fremd, gemischt oder rein einheimisch) müssen alle derartigen Schulden, Einkünfte und Depositen feindlicher Staatsangehöriger in irgendeiner Form beim Ministerium für Handel und Industrie in Belgrad anmelden und dürfen keiner dieser Personen oder Anstalten unter irgendwelcher Adresse etwas auszahlen, sondern haben das Geld im Wege des genannten Ministeriums bei der Fondsverwaltung als Deposit zu hinterlegen; nur auf diese Weise wird man von den Verbindlichkeiten ihnen gegenüber enthoben. Zuwiderhandelnde würden von allen Folgen des Artikels des Gesetzes vom 17. August 1915 über das Verfahren mit dem Vermögen feindlicher Staatsangehöriger getroffen werden. — In Slowenien sind die Anmeldungen an die Landesregierung für Slowenien, Abteilung für Handel und Gewerbe, zu senden und ist das Geld im Wege dieser Abteilung bei der Landesbank in Laibach zu hinterlegen.

— (Revision der Zölle.) Die Regierung hat die energische Revision der gegenwärtigen Zolltarife beschlossen. Die Zölle auf Gegenstände, die der Erneuerung oder der Industrie dienen, werden

ganz fallen gelassen, so daß z. B. Maschinen und ähnliche Bedarfsgegenstände zollfrei sein werden. Gewisse andere Volksbedarfsgegenstände werden zwar einen Zoll haben, aber nach einem minimalen Tarif. Dies gilt für fertige Lebensmittel, Futter und Ähnliches. Für andere Gegenstände und in Zukunft auch gegenüber Deutschösterreich wird der frühere serbische Vertragstarif in Geltung treten. Hoffentlich wird hiedurch die enorme Teuerung wenigstens für einige Waren etwas gemildert und werden Handel und Industrie gefördert werden.

— (Bezirkskrankenkasse. Die Verwaltung der Bezirkskrankenkasse macht ihre Mitglieder darauf aufmerksam, daß die Krankengelder den Mitgliedern allwöchentlich an jedem Samstag nachhinein ausgezahlt werden. Die Arbeitgeber werden, um Unannehmlichkeiten auszuweichen, daran erinnert, daß sie pünktlich die zugesendeten Rechnungen begleichen, da sonst die Beträge im Wege der zuständigen politischen Behörde eingetrieben werden müßten.

— (Arbeiten, nicht bloß politisieren!) Minister Korac sagte in seiner jüngsten Rede u. a.: Die Regierung rechnet nur mit den Bedürfnissen des Volkes und jener, die vom Kriegsschauplatz zurückgekehrt sind. Sie muß in erster Linie arbeiten und dann erst politisieren.

— (Tusar über Völkerversöhnung.) Dem Prager Korrespondenten des „Journal de Genève“ gegenüber äußerte sich Ministerpräsident Tusar u. a.: Wir müssen mit den überlebten Sprachenzwisten und Rassenkonflikten aufräumen, um Raum zu schaffen für den unbehinderten Wettbewerb der materiellen Interessenkomplexe. Aus dem einstigen unfriedlichen Miteinander in der Zwangsmonarchie wird sich bald ein erträglich Nebeneinander freier Staaten und Völker entwickeln. Wir Tschechen sind entschlossen, nach besten Kräften zu dieser Entwicklung beizutragen.

— (Acht Milliarden Kronennoten.) Der ehemalige serbische Handelsminister Dr. Jankovic beziffert den Umlauf der Noten der Österr.-ung. Bank in Jugoslawien mit 8 Milliarden.

— (Die größte Hungersnot seit dem 30jährigen Kriege.) Der amerikanische Lebensmittelkontrollor Hoover äußerte sich kürzlich: Europa hat die größte Hungersnot seit der Zeit des 30jährigen Krieges durchgemacht. Die Ernte ist nunmehr eingebracht, meine Aufgabe daher vollendet... Wir beabsichtigen die Ernährungsaktion für ungefähr drei Millionen unterernährter Kinder in Europa fortzusetzen bis zur Rückkehr normaler Zustände.

— (Nichtverkäuflichkeit der Großgrundbesitze.) Die amtlichen „Narodne Novine“ veröffentlichen eine Verordnung des Thronfolger-Regenten Alexander über das Verbot der Veräußerung des Großgrundbesitzes. Jede Veräußerung (Teilbietung) ist verboten, ebenso auch die Belastung. Der Begriff Großgrundbesitz ist in den verschiedenen Teilen des Staates ein verschiedener. In Slowenien sind als Großgrundbesitze alle jene Besitze zu betrachten, die über 75 Hektar kultivierten Boden oder 200 Hektar überhaupt ausmachen. Für jede Veräußerung oder Belastung ist die besondere Bewilligung des Ministers für Agrarreform notwendig.

— (Das Prekmurje, die Baranja und Bačka) wurden nunmehr von der Pariser Konferenz endgültig dem SHS-Staate zugesprochen.

— (Briefe nach Deutschösterreich.) Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Briefe nach Deutschösterreich offen und mit der Adresse des Absenders versehen aufzugeben sind. Der Briefverkehr nach Deutschösterreich weist leider noch immer Unregelmäßigkeiten auf. Viele Briefe erreichen ihre Adresse nicht, andere kommen erst mit starken Verspätungen an.

— (800 Sequestrationen.) Bisher wurde vom Ministerium für Handel und Industrie in 800 Fällen über das Vermögen feindlicher Ausländer die Sequestration verhängt.

— (Der Friedensstand des Heeres.) Von der Friedenskonferenz wurde der Friedensstand des jugoslawischen Heeres mit 40.000 Mann festgestellt, wobei jedoch Gendarmerie, Finanz- und Zollwache nicht mitgezählt sind.

— (Ein Reglement für Hotels, Kaffeehäuser usw.) Das Amtsblatt vom 20. August bringt ein Reglement für Hotels, Kaffeehäuser usw., an welches sich dieselben ausnahmslos streng und genau zu halten haben, insbesondere an die hygienischen Vorschriften.

— (Ungarn vor einer Ernährungskatastrophe.) Nach amtlichen Meldungen geht Ungarn einer Ernährungskatastrophe entgegen, weil die Druscharbeiten wegen Mangel an Kohle und Benzin nicht ausgeführt werden können.

— (Günstiger Stand der Ernte in Südserbien.) Aus Belgrad wird gemeldet, daß der Erntestand in Südserbien sehr günstig ist. Der Erntertrag ist trotz verschiedener Elementarereignisse vorzüglich.

— (Der Briefverkehr mit Rußland.) Aus Belgrad wird telegraphiert, daß der Briefverkehr mit allen von den Bolschewiki nicht beherrschten russischen Gebieten wieder eingeführt ist. Rekommandierte Briefe können nicht abgefordert werden.

— (Kein Schnellzug mehr in Deutschösterreich.) Wegen ungenügender Kohlenzuteilung sind nunmehr alle Schnellzüge in Deutschösterreich eingestellt worden.

— (Gerstenernte und Biererzeugung.) In Böhmen kommt die Brauindustrie nunmehr wieder in Vollbetrieb. Die Gerstenernte ist nämlich dort so reichlich, daß nicht bloß der Bedarf für die Biererzeugung gedeckt ist, sondern daß auch den Malzfabriken für Exportzwecke erhebliche Mengen werden zugewiesen werden können.

— (Ein Waggon Zünder verbrannt.) Vor kurzem ist auf dem Hauptbahnhofe in Marburg ein Waggon Zündhölzchen verbrannt.

— (Papier-Kleingeld.) Die Stadt Agram hat bekanntlich Kleingeld aus Papier herstellen lassen. In der gegenwärtigen Not an Hartgeld (Scheidemünze) hat nun auch der Tiroler Landesrat beschlossen, Landesnotgeld auszugeben, um dem bestehenden Mangel an Scheidemünzen abzuhelfen. Es werden Scheine zu zehn Hellern bis zum Betrage von zwei Millionen Kronen, Scheine zu zwanzig Hellern bis zu dem gleichen Betrage und Scheine zu fünfzig Hellern bis zu dem Betrage von einer halben Million ausgegeben.

— (Einfuhr ausländischer Blätter.) Das Ministerium des Innern hat mit Erlaß vom 23. Juli l. J. die Einfuhr deutscher Fach- und streng wissenschaftlicher Blätter in das Königreich der SHS gestattet.

— (Auslandsverschuldung.) Der SHS-Staat hat Zeitungsmeldungen zufolge mit einer Auslandsverschuldung von nahezu 6 Milliarden Dinar zu rechnen. Dadurch verschiebt sich die Zahlungsbilanz sehr zugunsten der Gläubigerstaaten; die Aufnahme von Auslandskrediten verteuert sich.

— (Frankreichs Furcht vor Monarchie und „Mitteleuropa.“) Die „Temps“ schreibt, die Wiedererrichtung der Monarchie würde die Erneuerung des Gedankens an „Mitteleuropa“ bedeuten. Die Führerschaft von Mitteleuropa hätte natürlich Berlin. Diese Gefahr droht uns und es wäre ein Unglück, wenn die Unterdrückung des Bolschewismus zum schlimmsten Imperialismus und zur schändlichsten Reaktion führen würde.

— (Deutschösterreichs Entlastung von Beamten.) Mit dem kürzlich veröffentlichten Pensionsbegünstigungsgesetze unternimmt die deutschösterreichische Regierung einen radikalen Schritt, um sich von der übergroßen Zahl der Beamenschaft zu befreien. Staatsbeamte, die Anspruch auf vollen Ruhegenuß haben oder wenigstens bis längstens 30. Juni 1921 haben werden, müssen auch vor Überschreitung des 60. Lebensjahres in Pension gehen. Jene Beamten, die weniger als 100, aber mehr als 75 Prozent der Ruhegenüsse bezögen, können über ihr Ansuchen auch ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt werden. Das Gesetz sieht Entscheidungen vor, um diesen Beamten den Übertritt in den Ruhestand zu erleichtern. Außerdem können aber auch alle anderen Staatsbeamten um Entlassung aus dem Staatsdienste an-

suchen und erhalten Abfertigungen. Bis auf weiteres dürfen ohne Zustimmung des Staatsamtes für Finanzen bei sonstiger Ungültigkeit bei keiner Staatsbehörde Beamte angestellt werden.

— (Italiens Kriegskosten.) Die Kriegsausgaben Italiens betragen 58 Milliarden Lire.

— (Die Arbeitsunlust der Ruin der alten Welt.) Hoover sieht den Hauptgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa in der Demoralisation der Arbeitskräfte. Noch nie ist so wenig gearbeitet worden wie jetzt. Falls die Erzeugung nicht erhöht wird, wird es in Europa zu einem politischen, moralischen und wirtschaftlichen Chaos kommen, d. h. zu einer neuen Vernichtung von Menschenleben, wie sie bis jetzt noch nicht dagewesen ist. Eine Zeitlang kann noch die westliche Halbkugel, die sich die Produktionsfähigkeit erhalten hat, einigermaßen das europäische Defizit ausgleichen, lange wird es jedoch nicht mehr gehen können. Sollte noch lange mit den Finanzkrediten in Europa fortgefahren werden, würde dies eine wirtschaftliche Unterjochung Europas durch Amerika bedeuten. Die Lösung des Problems hängt von dem Standpunkte ab, welchen die europäischen Nationen zu dem wirklichen Stande der Dinge einnehmen werden. Die Produktion muß unter allen Umständen erhöht werden. Europa ist voll von sozialistischer Agitation. Wo jedoch Versuche mit den kommunistischen Theorien stattgefunden haben, ist die Produktion noch mehr gesunken. Es ist notwendig, den Verbrauch alles Überflüssigen auf das Mindestmaß zu beschränken, statt dessen ist in vielen Ländern seit Anfang des Waffenstillstandes ein noch größerer Verbrauch an Luxusgegenständen als vor dem Kriege zu bemerken. Unter allen Umständen ist es auch notwendig, die Zirkulation des Papiergeldes einzuschränken, auch wenn dadurch die Schuldenlast wachsen sollte. Rüstungen, Blockaden, große Armeen und Seestreitkräfte müssen aufhören.

— (Fiume.) Nach der Ansicht des „Popolo d' Italia“ ist Fiume für Italien verloren. Die italienischen Truppen werden von dort zurückgezogen und das Kommando der interalliierten Garnison wird von den Engländern übernommen werden.

— (Eine Enzyklika gegen den Kommunismus.) „Avanti“ behauptet, daß der Papst eine Enzyklika gegen den Kommunismus und die revolutionär-sozialistische Bewegung vorbereite.

— (Gleiche Rechte, gleiche Pflichten!) Das Programm der neuen Regierung besagt u. a.: „Alle sind im Staate gleiche Staatsbürger, es haben alle gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten.“ Diese schönen Worte sollen in die Tat umgesetzt werden und auch den Jugoslawen deutschen Stammes gegenüber Anwendung finden. Die Regierungserklärung enthält ja auch den Satz, daß die Regierung die Mitarbeit aller Staatsbürger will. Die Deutschen in Jugoslawien sind dazu bereit, sie bekennen sich zum Staate und wollen mitarbeiten an seinem Aufbau. Man erschwere diese Mitarbeit nicht durch eine unterschiedliche Behandlung.

— (Valutafrage. — Konstituante und Gemeindevahlen.) Die Regierung will die österreichischen Kronennoten aus dem Verkehr ziehen und durch die neuen Noten der Emissionsbank ersetzen. In welcher Weise und in welchem Verhältnisse dies geschehen soll, wird im Wege der öffentlichen Gesetzgebung entschieden werden. Vor allem muß der Zustrom der Kronennoten aus dem Auslande verhindert werden. — Demnächst wird der Entwurf des Wahlgesetzes für die Konstituante vorgelegt werden. Vor den Wahlen in die Konstituante soll die Reform der Gemeindevahlen durchgeführt werden und es werden die Gemeindevahlen auf Grund des neuen modernen Wahlrechtes stattfinden.

— (Valutafrage; Kriegsanleihe.) Bei der Enquete der Vertreter aller slowenischer Genossenschaftsverbände am 11. August wurden hinsichtlich der Regelung der Valuta folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: 1. Die Lösung der Valutafrage wird als dringend angesehen. Die Herausgabe diesbezüglicher Gesetze soll demnach beschleunigt werden. 2. Solange die Valutafrage nicht endgültig geregelt wird, möge die Überschwemmung mit Kronen in der Weise gehindert werden, daß sobald als möglich eine neue

Geldwährung eingeführt werde. 3. Diese neue Währung soll den Umtausch für die gegenwärtige Krone im Verhältnis von 1:1 bewerkstelligen. 4. Es möge ebemöglichst eine einheitliche Kriegsgewinnsteuer geschaffen werden, die in den höheren Sätzen angemessen verschärft wird. Die Entschlüsse über die Kriegsanleihe lauten: 1. Der Staat möge die Ausbezahlung der Kriegsanleihe übernehmen. 2. Hierbei mögen insbesondere die Interessen unseres Genossenschaftswesens gewahrt und solle angeordnet werden, daß die bei den Genossenschaften gezeichneten Kriegsanleihen vollkommen liquidiert werden, weil bei ihnen der Mehrzahl nach arme Bevölkerungsschichten beteiligt sind. 3. Bei den Kommissariaten für Finanzen sollen eigene Kommissionen zusammengestellt werden, welche die Menge der Kriegsanleihen richtigstellen; in diesen Kommissionen sollen auch Vertreter des Genossenschaftswesens mitwirken.

— (Beschränkung der Einwanderung nach Amerika.) Die „Liberté“ meldet, die amerikanischen Delegierten Johnson und Sherman hätten den Antrag gestellt, die Auswanderung nach Amerika während der nächsten zwei Jahre unbedingt zu verbieten. Ausländer, die während des Krieges ihre Naturalisation verschoben haben, um dem Militärdienste zu entgehen, sollen ausgewiesen werden. Nach zwei Jahren darf die Auswanderung nach Amerika nur Personen gestattet werden, die im Vorhinein erklären, daß sie amerikanische Bürger werden wollen.

— (Zuwarten!) Von geschätzter Seite erhalten wir eine Zuschrift, in welcher Klage geführt wird, daß gegenwärtig das gute Einvernehmen zwischen den Einheimischen und den in den letzten Jahrzehnten Zugewanderten da und dort etwas getrübt sei. Das ist gewiß bedauerlich. Es läßt sich aber dagegen auch nichts machen. Solange der Chauvinismus herrscht und die Wogen des Nationalismus hoch gehen, heißt es zuwarten. Es liegt in der Natur der Sache, daß Überspannungen niemals jahrelang andauern, sondern allmählich wieder sich ausgleichen und gesunden natürlichen Zuständen das Feld räumen. Zeitungsnotizen und Aufsätze in den Blättern ändern und bessern da nichts. Es heißt nur Geduld haben und auf die Wiederkehr ruhigerer Anschauungen hoffen.

— (Amerikanische Bußpredigt gegen Europa.) Ein düsteres Bild von den heutigen Zuständen in Europa und besonders in London malte einer der führenden amerikanischen Rechtsanwälte D. F. Hershey, der in den letzten Monaten die wichtigsten Zentren der alten Welt bereist hat und über seine Eindrücke in der englischen Hauptstadt einen Vortrag hielt. „Obgleich Trauer herrschen sollte an jedem Herd in Europa, obwohl die Herzen der Menschen zerrissen sind und die Seelen betrübt wie nie zuvor, findet man doch nirgends in Europa eine Stimmung ernster Einkehr und würdevoller Trauer. Der Geist vielmehr, der gegenwärtig überall herrscht, ist der des alten Spruches: Laßt uns tanzen und guter Dinge sein, denn morgen müssen wir sterben... Aus allen Hauptstädten Europas kommen die gleichen Berichte. Geld und Geist haben ihren alten Wert verloren. Überall herrscht der Jazz: Jazz-Kleider und Jazz-Gedanken, Jazz-Moral und Jazz-Politik. Auf den französischen Kennplätzen sah ich als neueste Mode der Frauen, wie sie ohne Strümpfe mit nackten Beinen einhergingen. Die Wahrheit über Europa würde in Amerika nur Grauen hervorrufen.“ Im übrigen ist Hershey der Ansicht, daß die Friedenskonferenz die schlimmsten Aussichten für die Zukunft der Welt geschaffen hat; der Völkerbund würde sich „als ein Fetzen Papier“ erweisen.

— (Kompensationsverkehr mit Deutschösterreich.) Die Bezahlung der Ware an den deutschösterreichischen Lieferanten darf nicht direkt erfolgen, weil sonst das Deutschösterreich. Warenverkehrs-büro in Wien die Ausfuhr der so bezahlten Ware verweigern muß. In Jugoslawien dient die Jadranska banka als Einzahlungsstelle, für Deutschösterreich bildet der Wiener Bankverein die Zentral-Berechnungsstelle. Bei diesen Bankstellen bestehen eigene Kompensationsbanken. Die Importeure aus Jugoslawien haben den Gegenwert des beabsichtigten Kaufobjektes bei der genannten Bank zu erlegen, die deutschösterreichischen beim Wiener Bankverein. Die

Kompensationsverträge werden in allernächster Zeit eine Erweiterung erfahren. Wenn Kaufleute aus SHS in Deutschösterreich Waren einkaufen wollen, haben die Firmen im Bereiche Sloweniens bei der Filiale Laibach der Centralna uprava mittels des dort erhältlichen vorgebrachten Formulars, welches mit einem 3-Kronenstempel zu versehen ist, bei dieser Stelle um die Bewilligung zum Bezug der Ware im Rahmen des Kompensationsvertrages anzusuchen. Der Sicherheit halber ist es ratsam, sich bei der Filiale Laibach des Deutschösterreichischen Warenverkehrsbüros vorher anzufügen, ob die gewünschte Ware im Rahmen eines Kompensationsvertrages bezogen werden kann oder ob die Ware überhaupt ausfuhrfrei und deren Bezug daher an keinerlei Formalitäten gebunden ist. Nach dieser Vergewisserung wird der Kaufmann in Jugoslawien bei der Filiale der Centralna uprava um Einfuhrbewilligung unter Angabe der Art und der Menge der Ware und des voraussichtlichen beiläufigen Fakturenbetrages ansuchen und den Betrag gleichzeitig auf Kompensationskonto bei der Jadranska banka oder deren assoziierten und affilierten Banken erlegen. Die Einfuhrbewilligung und die auf dieser zum Ausdruck gebrachte Bestätigung des Erlages weist der Kaufmann aus SHS dem Deutschösterreich. Verkehrsbüro in Wien I., Stubenring 8, vor, um auf Grund dessen die Ausfuhrbewilligung aus Deutschösterreich einzuholen oder das Dokument dem deutschösterreich. Lieferanten einzusenden. In allen Zweifelsfällen können Auskünfte bei der Zweigstelle des Deutschösterreich. Warenverkehrsbüros in Laibach, Kestjeva cesta Nr. 1, 2, eingeholt werden. — Es werden alle Exporteure in SHS davor gewarnt, Waren nach Deutschösterreich abrollen zu lassen, bevor sie nicht vom Empfänger der Ware die deutschösterreichische Einfuhrbewilligung zugesandt erhalten haben, da die Ware ansonsten bei den Grenzzollämtern aufgehalten würde.

— (Die priesterliche Ehelosigkeit.) Auf dem in Freudental (Schlesien) abgehaltenen Deutschen Priestertage wurde u. a. folgender Leitsatz angenommen: Die deutschen Priester bedauern aufs tiefste alle jene sogenannten Reformbestrebungen, welche die Aufhebung der priesterlichen Ehelosigkeit zum Ziele haben. Sie gehen von der Jahrtausende alten und trefflich bewährten Überzeugung aus, daß der Priester durch die freiwillige Entsendung dem christlichen Volk das schönste Beispiel christlicher Selbstüberwindung biete und dadurch zur heldenhaften Hingabe an sein Volk befähigt werde. Sie erklären, daß keine Abordnung, selbst nicht aus Priesterkreisen, wenn sie Reformanträge wegen Aufhebung der Verpflichtung zur priesterlichen Ehelosigkeit bis an den heiligen Stuhl gelangen lassen will, im Namen der deutschen Priester der Olmücker Erzdiözese zu sprechen berechtigt sei; ja sie betrachten die Bestrebungen geradezu als einen Verfall des priesterlichen Ideals und als ein bedauerliches Ärgernis für das katholische Volk. Die zur Begründung dieser Anträge erhobenen Allgemeinbeschuldigungen des Klerus weisen sie mit Ruhe als Verleumdung zurück.

— (Ein Birnlein) ist heut so viel wert als eine Semmel vorher, ein Obstverkäufer so geehrt wie ehemals ein Chorherr.

— (Kleingeld.) Gehamstert wird ein jeder Kram, sogar geprägtes Eisenblech; die Mißgeburt aus Not und Scham, als uns die Kriegswut überkam, ist dem Verkehre worden gram und bleibt im Sack, als wär' es Pech! Heraus mit dem verdammten Blech!

— (Die Konkurrenten im Königreich SHS.) Über die Entwicklung und die Aussichten des tschechoslowakischen Exports und Imports auf dem Balkan erhalten die „N. L.“ von ihrem Berichterstatter folgende Mitteilung: In das ganze südslawische Gebiet werfen sich jetzt außer den Franzosen und Italienern mit Eifer die Deutschösterreicher. Die tschechoslowakische unbedeutende Einfuhr wird größtenteils aufgrund eines vonseiten der tschechischen Republik im März abgeschlossenen Kompensationsvertrages durchgeführt, der bis heute nicht einmal zu einem Drittel durch Lieferungen und Ankauf erschöpft ist, während Deutschösterreich schon den zweiten Vertrag abgeschlossen hat, der bereits zur Hälfte durchgeführt ist. Aus der tschechischen Republik wurden in das König-

reich SHS hauptsächlich Zucker und Kohlen eingeführt. Der Kompensationsvertrag wurde von tschechischer Seite sehr einseitig abgeschlossen und an Zölle, Valuta und Fracht wurde überhaupt nicht gedacht. Die große Mehrheit der Geschäfte in SHS entgeht uns, denn wir verhandeln zu lange und außerdem sind die tschechoslowakischen Kaufleute infolge der hohen Preise, für die sie die Waren anbieten, gegen Deutschösterreich nicht konkurrenzfähig.

— (Gründung einer jugoslawischen Bank.) „Slovenec“ meldet: In Belgrad weilen der Vizepräsident der Landesregierung für Slowenien Dr. Gregor Zerjav und der Prager Gesandte des Königreiches SHS Ivan Hribar zwecks Gründung einer jugoslawischen Bank. Diese jugoslawische Bank soll eine Institution der demokratischen Partei werden und würde große staatliche Privilegien genießen.

— (Rom und Jugoslawien.) Am 24. August wurde der hochwürdigste Herr Bischof von Laibach Dr. Anton Bonaventura vom Heil. Vater in Rom in Audienz empfangen, um pflichtgemäß über den Stand seiner Diözese Bericht zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Frage der Anerkennung des jugoslawischen Reiches durch das kirchliche Oberhaupt berührt. Der Papst entgegnete, daß er gegen den neugegründeten Staat nichts einzuwenden habe. Solange jedoch der Friede nicht geschlossen, die Grenzen nicht geregelt, die Diözesen nicht geordnet seien, könne und dürfe er das neue Reich amtlich nicht anerkennen, werde aber nicht ermangeln, nach der Herstellung der Ordnung, das zu veranlassen. Wahrscheinlich werde er, damit schloß der Papst, das Konkordat (Abkommen) mit Serbien vom Jahre 1915 auf das ganze jugoslawische Reich ausdehnen.

— (Rom und der slawische Gottesdienst.) Gelegentlich seiner jüngsten Anwesenheit in Rom hat der hochwürdigste Bischof von Laibach auch beim päpstlichen Staatssekretariat (Ministerium des Äußern des Papstes) vorgesprochen und unter anderem erklärt, daß die Ansicht, als ob der slawische Gottesdienst eine Gefahr für die katholische Kirche bedeute, irrtümlich sei. Zum Beweise dessen wies er auf die Aniaten hin, die nicht nur die slawische Sprache, sondern auch den slawischen Ritus (gottesdienstliche Gebräuche) mit den Schismatikern gemein hätten, und trotzdem treue Anhänger des römischen Stuhles seien. Der kirchliche Würdenträger (der Staatssekretär Gasparri war auf Urlaub), vor dem diese bischöfliche Erklärung abgegeben wurde, nahm dieselbe stillschweigend entgegen und versprach, hievon dem Papste Mitteilung zu machen.

— (Die Ausgleichsverhandlungen) der Tschechen mit den Deutschen in Böhmen sind im Zuge. An denselben nehmen zehn ehemalige deutsche Abgeordnete teil.

— (Zur Valutafrage.) Der Finanzminister erklärte, daß er in der ersten Hälfte des September noch nicht neues Geld in genügender Menge zur Verfügung haben werde, weil weder in Paris, noch in Agram, noch in Prag bisher die erforderliche Banknotenmenge gedruckt worden sei. Infolgedessen wird man sich auch mit dem Geze über die neue Volksbank nicht so zu beeilen haben.

— (Wert der Wälder Jugoslawiens.) Nach einer fachmännischen Schätzung beträgt der Wert sämtlicher Forste des Königreiches der SHS, wenn man ein dreiprozentiges Jahresertragnis rechnet, 1 Milliarde und 30 Millionen Dinar. Natürlich kann diese Summe dormalen nicht erreicht werden, weil die Ausbeutung der Wälder gegenwärtig nicht genügend intensiv ist. Die gegenwärtige Rente der Wälder beträgt nur 40 Millionen Dinar.

— (Deutschösterreichs Zukunftspolitik.) In einem an den Präsidenten Seiz gerichteten Schreiben führt Staatskanzler Dr. Renner u. a. aus: Nach meiner Auffassung wird Deutschösterreich in die Politik der Großmächte sich nicht einmischen. Es wird nicht Großmachts- noch Nachbarschaftspolitik machen, sondern ausschließlich Völkerbundpolitik. Es braucht Ruhe und wünscht in keine der Affären Europas verwickelt zu werden.

— (Die Abriafrage) wird, wie nunmehr verlautet, Anfang September gelöst werden. Bis zu dieser Frist wird auch der Friedensvertrag mit Deutschösterreich unterschrieben sein.

— (Warenbörse in Agram.) Am 1. August hat in Agram die Warenabteilung der Börse ihre Tätigkeit begonnen. Ihre Schaffung entspricht dem öfters wiederholten Wunsche der wirtschaftlichen Kreise. Die Warenabteilung amtiert jeden Tag, außer an Sonn- und Feiertagen, von halb 12 bis 12 Uhr mittags. Die Effektenbörse findet an jedem Börsentage von halb 1 Uhr nachmittags an statt.

— (Das kranke Italien.) „Corriere della Sera“ schreibt: Italien ist krank. Es leidet an seinem eigenen Siege. Es gleicht einem Kämpfer, der mit ungeheurer Anstrengung seinen Gegner niedergeschlagen hat (?) und in dem nun das Blut sehr unregelmäßig zirkuliert. Am nötigsten wären uns nun Ordnung und Disziplin. Die Revolution, die für andere ungefährlich wäre, wäre für Italien der Todesstreich.

— (Eisenbahnerstreik in Amerika.) Mit augenblicklicher Gültigkeit wurde, wie aus Chicago berichtet wird, der Streik der Eisenbahnangestellten und der Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten erklärt. Die Eisenbahner verlangen die Verstaatlichung der Eisenbahnen und einen Gewinnanteil für Arbeiter und Angestellte. Eine bloße Lohnerhöhung würde nur eine weitere Verteuerung des Lebensunterhaltes mit sich bringen. Am 24. August soll eine Abstimmung der Eisenbahner über diesen Plan entscheiden. Wird er nicht angenommen, dann tritt am 2. September der Generalstreik der Eisenbahner ein.

— (Die Verkehrsdirektion der Südbahn) hat sich mit 1. August konstituiert, und zwar für alle Linien der Südbahn auf dem Gebiete des Königreiches SHS. Mit diesem Tage hat die Tätigkeit des bisherigen Verkehrsinspektorates der Südbahn in Laibach sowie die des Spezialkommissärs in Agram aufgehört. Gleichzeitig wurde in Wien die Verkehrsdirektion für die deutsch-österreichischen Linien der Südbahn eingesetzt und dementsprechend wurde auch die Generaldirektion dieser Gesellschaft umgewandelt.

— (Zur Kohlenfrage.) Das tägliche Kohlendefizit im Königreiche SHS beträgt 900 Waggons. Dieser Abgang kann einzig und allein dadurch gedeckt werden, daß die Kohlenförderung in den Kohlengruben unseres Königreiches erhöht wird.

— (Nationalbank. — Kriegsgewinnsteuer.) Gleich nach Zusammentritt des Parlamentes, der sofort nach Bildung der neuen Regierung erfolgen wird, wird die Gesetzentwurf über die Nationalbank auf die Tagesordnung gestellt. Das Parlament wird außerdem einige andere unaufschiebbare wirtschaftliche Gesetze, wie z. B. die Kriegsgewinnsteuer und das Budgetzwölftel für 1919 verhandeln.

— (Die Friedensausichten für Deutschösterreich.) Die Friedensbedingungen sind wohl sehr ungünstig, aber man glaubt, daß infolge des Umschwunges in Ungarn für Deutschösterreich vielleicht eine bessere Situation geschaffen werde. Man erwartet in Wien ein Entgegenkommen der Entente insofern, als alle strittigen finanziellen Fragen der Reparationskommission zugewiesen werden sollen, die dann in die Lage käme, eine mehr den österreichischen Interessen entsprechende Formulierung der Bedingungen vorzunehmen. Allzu optimistisch wird man in Deutschösterreich allerdings nicht sein dürfen. Was die finanziellen Bedingungen anbelangt, werden die drückendsten Punkte im Sinne der Note Dr. Kenners wahrscheinlich eine Abschwächung erfahren.

— (Die Verhandlungen mit Erzkaiser Karl.) Die „B. Z. am Mittag“ berichtet über die Verhandlungen zwischen England, dem Mandatar der Ententemächte, und dem Erzkaiser Karl folgendes: Die Fäden zwischen der englischen Regierung und Kaiser Karl wurden durch die Herzogin von Parma, die Schwiegermutter des Kaisers, gesponnen. Die Verhandlungen gingen dahin, daß Kaiser Karl zunächst als König von Ungarn in Budapest die Regierung übernehme und daß erst dann von Budapest aus versucht werden soll, auch in Deutschösterreich eine monarchistische Strömung

zu erzeugen und die monarchistische Personalunion zwischen Deutsch-österreich und Ungarn wieder herzustellen. Die Einsetzung des Erzkaisers Karl scheiterte jedoch an dem Widerstande des Kaisers, der darin eine Art von Degradation erblickte und sich auf den Standpunkt stellte, daß zuerst das monarchische Prinzip in Deutsch-österreich und Ungarn wieder hergestellt und der Gedanke einer Donauföderation verwirklicht werden muß. Deshalb ist man auf den Gedanken gekommen, zunächst den Erzherzog Josef als Platzhalter für Erzkaiser Karl in Ungarn mit der obersten Gewalt eines Gouverneurs zu betrauen.

— (Vermögensabgabe in Deutschland.) Die Vermögenssteuer, an die Deutschland schreitet, läßt nur Vermögen bis 5000 Mark frei, beginnt mit einem Satz von 10 Prozent und steigt bis fast 65 Prozent, und zwar schon bei Vermögen von 7 Millionen Mark an. Der Ertrag wird auf 60 bis 90 Milliarden geschätzt.

— (Der Friedensvertrag mit Österreich.) Nach Pariser Information wird der Friedensvertrag mit Österreich in den ersten Septembertagen unterfertigt werden. Die Entscheidung des obersten Alliiertenrates über die von Österreich zu leistende Kriegsschädigung ist noch ausständig. England und Italien sind mit ihrer Aufteilung unter den neuentstandenen Staaten zufrieden.

— (Die Visitenkarten Adalbert Sternbergs.) Der gewesene Reichsratsabgeordnete Graf Adalbert Sternberg hat sich, wie die „Vid. Noviny“ berichten, Visitenkarten nachstehenden Inhaltes anfertigen lassen: „Adalbert Sternberg aus der Familie der Grafen Sternberg, in den Adelstand erhoben von Karl dem Großen, des Adelstandes verlustig erklärt von Karl Renner.“

— (Das Arbeiterprogramm des Ministers Kristan.) Der neue Forst- und Bergwerksminister Antou Kristan gab der „Epoha“ einige Informationen über sein nächstes Arbeitsprogramm. Er hat bereits mit Fachleuten Konferenzen über die Hebung der Intensität der Grubenarbeit abgehalten und wird sich demnächst über die Forderungen der Grubenarbeiter informieren. Er konstatiert, daß der Reichtum unserer Kohlengruben für die Deckung aller unserer Bedürfnisse ausreicht. Der Ministerrat hat bereits die notwendigen Kredite für die Produktionssteigerung in den serbischen und bosnischen Bergwerken votiert. Ist diese durchgeführt, brauchen wir uns vor keiner Krise im Verkehr, in der Industrie und im Hausbrauch zu fürchten.

— (Wasserkraft statt Kohle.) Reichsministerpräsident Bauer in Weimar äußerte sich, der steigende Verlust an Steinkohlen (in Deutschland) müsse durch eine ausgiebige Verwendung der Wasserkräfte des Landes gutgemacht werden. „Wahrscheinlich werden wir die ganze Beleuchtung und die Betriebskraft für die Eisenbahnen aus dieser Wasserenergie schöpfen können.“

— (Die schwere finanzielle Lage.) Der italienische Minister Luzzatti sagte, daß sich Frankreich, England und Italien in einer sehr schweren finanziellen Lage befinden. England werde sich zwar retten, doch Frankreich und Italien drohe eine Katastrophe.

Mitterdorf. (Beschllossene Auflösung.) Die am 17. August abgehaltene Hauptversammlung der Vieh- und Schweinezuchtgenossenschaft beschloß deren Auflösung (Liquidierung).

— (Regere Tätigkeit) entfaltet die Raiffeisenkasse. Ihr zu Beginn des laufenden Jahres bestehender Einlagenstand von K 443.882.57 wurde zwar durch größere Behebungen im Jänner etwas geschmälert, doch gleicht sich das jetzt wieder aus und aller Voraussicht nach dürften in der nächsten Zukunft unsere Raiffeisenkassen für die wirtschaftliche und nationale Erstarkung des Gottscheer Ländchens erhöhte Bedeutung gewinnen.

— (Die Druschergebnisse) sind hier mittelmäßig. Durch anhaltendes Regenwetter während der Blüte und starke Lagerung hatte das Getreide gelitten, doch werden wir immerhin zufrieden sein, wenn Mais und Erdäpfel halten, was wir erwarten.

— (Unsere Müller) sitzen seit 14 Tagen im Trockenen, da die gegenwärtige Dürre ihnen alles Wasser aufgesogen hat.

Es sollte wenigstens einer aus ihnen seine Mühle auch auf Motorbetrieb einrichten. Dem Müller und seinen Kunden käme es zugute.

— (Brunnenherichtung.) Die Ortschaft Koflern hat heuer, um die Reinhaltung und das bequemere Schöpfen des Trinkwassers zu ermöglichen, den Lacken-, Mörtsch- und den Stiegenlochbrunnen durch den heimischen Maurermeister König neu instandsetzen lassen. Die Herstellungskosten belaufen sich auf 5000 K. Es wäre nur zu begrüßen, wenn auch in anderen Dörfern, so in Mitterdorf, Ort, Obrern und Kerndorf den Dorfquellen mehr Sorgfalt zugewendet würde. Die in der Nähe des Friedhofs liegende und nie versiegende Baubarquelle müßte in erster Linie zugänglich gemacht und so gefaßt werden, daß eine Verunreinigung des Wassers nicht mehr möglich wäre. Zu den Kosten würde gewiß jedes Haus in Ort und Mitterdorf beisteuern, zumal an den Bau der Wasserleitung für Jahre hinaus nicht zu denken ist.

— (Aus der Rede des Ministerpräsidenten.) In der Regierungserklärung äußerte sich am 23. August der neue Ministerpräsident unter anderem wörtlich: „Insolange die Zensur überhaupt noch bestehen muß, wird es ihre ausschließliche Aufgabe sein, die Sicherheit des Staates als solchen zu schützen; in keiner Weise aber soll sie dazu dienen, um irgend eine Person vor gesunder Kontrolle und öffentlicher Kritik zu schützen. Im weiteren Verlaufe seiner Rede äußerte er sich über die Gleichberechtigung folgender-

maßen: „Lassen wir diese Gleichberechtigung (die politische, religiöse Stammesgleichberechtigung) nicht allein einer dem anderen, sondern auch unseren Mitbürgern irgend einer anderen Sprache, soviel ihrer überhaupt sind. Gleich in den Rechten, seien wir gleich auch in Pflichten.“

— (Gestorben) ist am 26. August der bekannte Gastwirt, Holz- und Kohlenhändler Matthias Perz in Koflern 22. Lungen- und Magenleiden führten seinen Tod herbei. Er stand erst im 41. Lebensjahre. Daß er im Glauben und in seinen Gnadenmitteln Trost suchte und fand und unter Gebet sein Leben beschloß, wird auch den Seinigen in trostreichster Erinnerung bleiben.

Altslag. (Bosheitsakte.) Ein Individuum hat aus Rache am 17. August in der Nacht beim Franz König, Gastwirt, im Obstgarten zwei junge Apfelbäume abgeschnitten, bei einer Kutsche den Vorder- und Hinterfuß zerschnitten und den Kotschüßler zerspalten, ferner von einem Fuhrwagen die Überlege verschleppt, vielmehr gestohlen. Der Schaden beläuft sich auf 1200 K. Wer den Täter dem Besitzer bekanntgibt, wird mit 50 K belohnt.

Pettan. (Gymnasium.) Am hiesigen Staatsgymnasium wird mit dem Schuljahre 1919/20 in allen Klassen das Slowenische als Unterrichtssprache eingeführt. Mit Schülern, die der slowenischen Sprache nicht vollständig mächtig sind, wird mit entsprechender Rücksicht vorgegangen werden.

Aus dem Amtsblatte der Landesregierung SHS in Laibach.

G. Z. 2616.

Ergänzung der Anleitung über die Verfassung der Gesuche um Militärpensionen.

Zur hieramtlichen Kundmachung „Versorgungsgebühren für Familien gefallener (gestorbener) und vermisteter Soldaten“, die im Amtsblatte Nr. LVIII am 4. März 1919 veröffentlicht wurde, werden noch nachstehende Erläuterungen hinzugefügt:

- 1.) Der Soldatenwitwe gebührt eine Pension und ein 50/oiger Zuschlag.
- 2.) Außer der Pension und dem 50/oigen Zuschlage gebührt der Witwe auch ein Beitrag von jährlich 96 K:
 - a) wenn sie vollkommen arbeitsunfähig und ohne Geldmittel ist;
 - b) wenn sie zwar arbeitsfähig, jedoch ohne Geldmittel ist und für ein noch nicht zwei Jahre altes Kind oder für zwei Kinder, die schon zwei Jahre, jedoch noch nicht sechs Jahre alt sind, sorgen muß.

In Fällen unter Punkt 2 a) ist dem Gesuche ein Zeugnis über die Vermögensverhältnisse und ein ärztliches Zeugnis beizulegen, die von der Bezirkshauptmannschaft bestätigt sein müssen; in Fällen unter Punkt 2 b) jedoch nur ein Zeugnis über die Vermögensverhältnisse.

Das Zeugnis über die Vermögensverhältnisse ist in Fällen unter Punkt 2 nur dann einzusenden, wenn die Partei soviel oder mehr schuldig ist, als der Besitz wert ist.

Den Gesuchen, die bisher den Behörden gesendet wurden, hat jede Witwe ein ärztliches Zeugnis beigelegt, aus welchem beinahe immer ersichtlich war, daß jede noch imstande ist, mit der Arbeit etwas zu verdienen.

Die Militärintendanz für Slowenien in Laibach kann auf Grund der jetzt noch geltenden Gesetze nicht anders handeln, als ihr vorgeschrieben ist. Das diene den Parteien zur Aufklärung, damit sie mit der Beibringung von verschiedenen Zeugnissen sich nicht unnötige Ausgaben verursachen.

Alles dies gilt auch für Frauen von vermisteten Soldaten.

Gichgebühren.

(Amtsblatt Nr. 126 vom 31. Juli 1919, Z. 579.)

Die Gichämter werden nachstehende Gichgebühren einheben:

Für Flüssigkeitsmaß und Gefäße: für 100 Liter 4 K, 60 und 50 Liter 3 K, 25 und 20 Liter 1.50 K, 10 und 5 Liter 1 K, 2 und 1 Liter 70 h, jedes kleinere Maß 30 h.

Für Fässer: bis 60 Liter 60 h, von 60 bis 120 Liter 1.20 K, von 120 bis 200 Liter 2 K. Für jeden weiteren noch nicht ganzen Hektoliter 50 h. Für Messungen der Fässer außerhalb des Amtes erniedrigt sich die Gebühr um 20/o.

Für gleicharmige Wagen: bis 500 Gramm 1.50 K, bis 5 kg K 2.50, bis 20 kg 4 K, bis 50 kg 5 K, größere 10 K.

Für Flaschen: Grundgebühr 50 h, für jeden Liter 10 h.

Wenn der Gegenstand den geltenden Gichgesetzen nicht entspricht, wird er abgelehnt und die Gebühren erniedrigen sich um 50/o.

Für jede Amtshandlung außerhalb des Amtes, die auf Wunsch einer Partei vorgenommen wird, kann der Gichmeister eine Tagesgebühr (Diäten) und Reisespesen verrechnen wie ein Beamter der XI. Rangsklasse.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Boten“ zu beziehen.

Danksagung.

Für die vielfachen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns anlässlich des Ablebens unseres unvergeßlichen Vaters, Sohnes und Bruders, des Herrn

Matthias Perz

Kausbesitzer und Gastwirt

zugekommen sind, spricht auf diesem Wege den herzlichsten Dank aus Koflern, im August 1919.

Familie Perz.

Kaufmannslehrling

groß und stark, im 15. Lebensjahre, wünscht in eine Manufaktur- oder Gemischtwarenhandlung in Gottschee einzutreten. Anträge an die Verwaltung dieses Blattes unter Nr. 1914 G. Z.

Lehrjunge

wird sofort aufgenommen in der Bäckerei Johann Rankel in Gottschee Nr. 22.

Hadern gemischt, jeder Art, Schweinshaare, Ochsen- und Pferde-Schweisshaare, Felle von Wild jeder Art kaufen zu besten Preisen M. Chorinek und So. in Gilti.

Kundmachung.

Wir erlauben uns, unsere p. t. Versicherten darauf aufmerksam zu machen, daß wir durch die S. H. S. Regierung die Bewilligung besitzen — wie jede andere d. ö. Affekuranz —, in den südslawischen Staaten unverändert, wie bisher, auch weiterhin unser Geschäft zu betreiben, und selbstverständlich werden wir alle vorkommenden Schäden stets fulant liquidieren und bezahlen, soferne die Prämien rechtzeitig entrichtet werden.

Indem wir bitten, sich in allen Versicherungsangelegenheiten vertrauensvoll an unsere Vertreter wenden zu wollen, zeichnen

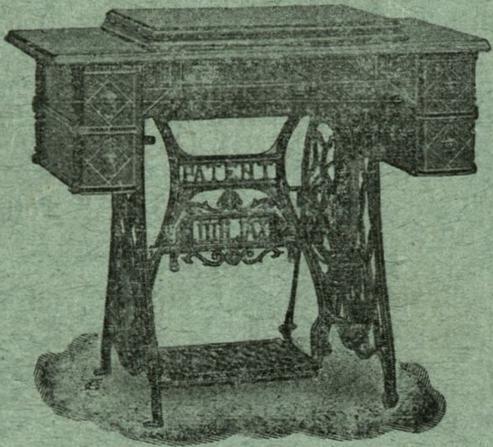
hochachtend

die General-Agentchaft in Graz
der
Wiener Versicherungsgesellschaft.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten

Fahrräder und Nähmaschinen

für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn & Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Verein der Deutschen a. Gottschee in Wien.

Sitz: I., Himmelpfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinsheim Paul Deierls Gastwirtschaft, I., Babenbergerstraße Nr. 5a.



Tief erschüttert geben wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten die betäubende Nachricht von dem Hinscheiden unserer innigstgeliebten und herzensguten Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Tante und Schwägerin, der Frau

Magdalena Ostermann

Oberlehrerswitwe

welche Mittwoch den 27. August abends im Alter von 73 Jahren ganz unerwartet und plötzlich gestorben ist.

Das Leichenbegängnis der teuren Verbliebenen findet Freitag den 29. August um 5 Uhr nachmittags vom Sterbepause aus auf den Friedhof in Rieg statt.

Die heil. Seelenmesse wird Montag den 1. September um 8 Uhr früh in der hiesigen Pfarrkirche gelesen werden.

Rieg, am 28. August 1919.

Familie Ostermann-Högler.

Zu kaufen gesucht.

Ein großer, schöner Bauernbesitz im Gottscheerland, nicht gebirgig, wird zu kaufen gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes unter Nr. 1883. M. Z. Glückliche Zukunft. 13.

Jeder sein eigener Reparatteur!



Meine Lumar-Handnähähle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Erfindung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Felle, Teppiche, Wagendecken, Zeltstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle andern starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohlthat für Handwerker, Landwirte und Soldaten. Ein Jubel für Sportsleute. Feste Konstruktion, kinderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertrifft alle Konkurrenz-Fabrikate. 13.

... Soll in keinem Haushalte fehlen ...

Viele freiwillige Belobungsschreiben.

Preis der kompletten Nähähle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 4, 2 Stück K 7-50, 3 Stück K 11, 5 Stück K 18. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra. Josef Pelz, Wien XIV., Schwelberg. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschee

Das Amtslokal der Sparkasse der Stadt Gottschee befindet sich im Schloßgebäude am Auerspergplatz.

Amtstage jeden Montag und Donnerstag von 8 bis 11 Uhr und an allen Jahrmarttagen von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Einlagenstand Ende Dezember 1918:
K 11,272.732-27.

Zinsfuß für Einlagen (ohne Abzug der Rentensteuer) 3 1/2 %.

Zinsfuß für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5 1/2 %, in anderen 5 3/4 %.